

NACHRICHTEN

Nigerias Präsident fordert Frieden

ABUJA/NAIROBI: Nach über 1000 Toten in den vergangenen zehn Tagen hat der nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung appelliert, das Töten zu beenden und den Dialog zu suchen. «Ich konnte mir nicht vorstellen, dass Nigerianer zu solchen barbarischen Taten fähig sind», sagte der Staatschef am späten Mittwochabend in Abuja. Wegen der tatsächlichen oder geplanten Einführung des islamischen Strafgesetzes Scharia in einigen nördlichen Bundesstaaten war es in dem westafrikanischen Land zu schweren Kämpfen zwischen Christen und Moslems gekommen.

Neun Tote bei Kämpfen in der Türkei

ISTANBUL: Bei Kämpfen zwischen dem türkischen Militär und der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sind im Südosten der Türkei neun Menschen getötet worden. Demnach starben sechs Rebellen bei Zusammenstößen in den Provinzen Mardin und Sirnak, berichtete die türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Donnerstag. Bei Kämpfen in Sirnak fielen drei weitere Soldaten. Es wurden keine Angaben gemacht, wann die Kämpfe genau stattgefunden haben. Bei Kämpfen zwischen der PKK und dem türkischen Militär sind nach türkischen Angaben in mehr als 15 Jahren rund 32 000 Menschen ums Leben gekommen. Der wegen Hochverrats zum Tode verurteilte PKK-Chef Abdullah Öcalan hatte in den vergangenen Monaten mehrfach zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes aufgerufen.

Prozess gegen Dumas



PARIS: Dem ehemaligen französischen Außenminister Roland Dumas soll bereits im Juni der Prozess gemacht werden. Die Pariser Staatsanwaltschaft legte den Prozessbeginn auf den 19. Juni fest, wie am Donnerstag aus Justizkreisen bekannt wurde. Das Ende des Verfahrens wurde für den 3. Juli angesetzt. Der 77-jährige Sozialist wird beschuldigt, in seiner Zeit als Außenminister bei der Veruntreuung von Geldern des damals staatlichen Ölkonzerns Elf-Aquitaine beteiligt gewesen zu sein.

Auf dem Weg zu einem Anschlag überrascht

TEL AVIV: Israelische Sicherheitskräfte haben am Donnerstag in der Ortschaft Taibe mindestens zwei Palästinenser getötet. Die Polizei habe drei Palästinenser offenbar auf dem Weg zu einem Anschlag überrascht und das Feuer eröffnet. Die Palästinenser hatten einen selbst gefertigten Sprengsatz bei sich gehabt, wie das israelische Radio meldete. Bei dem Schusswechsel vor einem Haus wurden zwei der Männer getötet, der dritte wurde festgenommen. Er wurde von Mitarbeitern des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Beth verhört. Ein Polizist ist am Bein verletzt worden.

Österreichische Diplomaten boykottiert

BRÜSSEL: Belgische Boykottmassnahmen gegen Österreich nach der Regierungsbeteiligung der rechtsgerichteten FPÖ weiten sich immer mehr aus: Die Union der Brüsseler Taxis will keine Vertreter österreichischer EU-Institutionen mehr fahren. Das Unternehmen, für das 350 der 1200 Taxis der belgischen Hauptstadt fahren, übermittelte der Wiener EU-Vertretung eine entsprechende Mitteilung, bestätigten Diplomaten am Donnerstag. Wie es heisst, beschäftigt die Taxi-Union vor allem Fahrer aus Herkunftsländern ausserhalb der EU. Diese wollten mit ihrer Aktion ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit setzen, die sie durch die FPÖ verbreitet sehen. Nach Angaben von Diplomaten könnten 2000 österreichische Staatsbürger von dem Boykott betroffen sein.

Pinochet aus gesundheitlichen Gründen freigelassen

Chilenischer Ex-Diktator kehrt in seine Heimat zurück

LONDON: Nach mehr als 16 Monaten Arrest in London hat der ehemalige chilenische Diktator Augusto Pinochet Grossbritannien am Donnerstag als freier Mann verlassen. Der 84-Jährige hob an Bord einer Boeing 707 der chilenischen Luftwaffe in Richtung Chile ab.

Der britische Innenminister Jack Straw hatte am Morgen entschieden, dass der Ex-Diktator aus Gesundheitsgründen nicht nach Spanien ausgeliefert wird, sondern nach Chile zurückkehren darf.

Pinochet leidet britischen Gutachtern zufolge nach mehreren Schlaganfällen im vergangenen Herbst unter Gedächtnisschwund und geistigen «Abwesenheiten», die auf «weitreichende Gehirnschäden» zurückzuführen seien. Es ist «keinerlei Besserung des Gesundheitszustandes» zu erwarten.

Der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón wollte Pinochet wegen Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur von 1973 bis 1990 vor Gericht stellen. Der General war im Oktober 1998 während eines Krankenhausaufenthalts in London aufgrund eines spanischen Haftbefehls festgenommen worden und stand seither unter Hausarrest.

Internationale Kritik, aber keine Einsprüche

Die Entscheidung Straws ist auf internationale Kritik gestossen. Dennoch gaben mehrere Staaten, die Pinochets Auslieferung beantragt hatten, bekannt, keinen Einspruch einzulegen.

Der Genfer Generalstaatsanwalt Bernard Bertossa kritisierte die britische Entscheidung mit scharfen Worten. Die britischen Behörden kämen seit einiger Zeit Auslieferungsverpflichtungen nicht nach.



Die Opfer der Diktatur zeigten sich empört über die Freilassung des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet.

Die Schweiz kann aber gemäss Bertossa gegen die Freilassung Pinochets keinen Rekurs in Grossbritannien einreichen.

Als einzige theoretische Möglichkeit bleibe, dass die Schweiz Chile um Prozessvertretung bitte, sagte der Sprecher des Bundesamtes für Polizeiwesen (BAP), Jürg Pulver.

Vergeblicher Versuch

Straw hatte seine Entscheidung um 08.00 Uhr (09.00 MEZ) verkündet. Nach Ansicht der britischen Medien sollte damit zwei Stunden vor Arbeitsbeginn im Londoner Obersten Gerichtshof ein neuer Einspruch gegen die Freilassung ausgeschlossen werden.

Der spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzón hatte noch im letzten Augenblick die britische

Staatsanwaltschaft aufgefordert, in seinem Namen gegen die Freilassung Pinochets Einspruch zu erheben.

Damit umging Garzón den üblichen Weg über das spanische Außenministerium.

Dieses bekräftigte, dass Spanien keinen Einspruch gegen die Freilassung Pinochets einlegen werde. Ein Einspruch würde die diplomatischen Beziehungen zu Chile gefährden, erklärte Aussenminister Abel Matutes.

Auch die französische Regierung und Belgien akzeptierten die Freilassung des Ex-Diktators. Beide Länder hatten zuvor, wie Spanien und die Schweiz, die Auslieferung beantragt.

In Chile löste die Nachricht von der Freilassung Pinochets unter-

schiedliche Reaktionen aus. Während seine Anhänger in der Hauptstadt Santiago in Jubel ausbrachen, zeigten sich die Opfer seiner Diktatur und ihre Angehörigen schockiert.

Abgang durch die Hintertür

Pinochet verliess am Donnerstagvormittag seine Villa in Wentworth südwestlich von London durch einen Nebenausgang. Er entging damit etwa 20 Demonstranten, die mit Pfiffen und Trommelschlag gegen seine Freilassung protestierten.

Pinochet wird am Freitagvormittag in der chilenischen Hauptstadt Santiago erwartet.

Nach einer Begrüßungsfeier der Militärs auf dem Flughafen Santiago soll er in das Militärkrankenhaus geflogen werden.

Kohl sammelt Geld für Partei

Der deutsche Altkanzler soll bereits 6 Mio DM beisammen haben

BERLIN: Der deutsche Altbundeskanzler Helmut Kohl hat am Donnerstag indirekt bestätigt, dass er Geld für seine Partei sammelt. Auf die Frage, mit welchem Ziel er seine Spendenaktion verfolge, sagte Kohl: «Mit einem guten.»

Weiter gefragt, mit welchem Ergebnis bisher, sagte Kohl: «Mit einem sehr guten.» Nach einem Bericht der «Bild»-Zeitung hat Kohl bereits in der Wirtschaft sechs Millionen Mark gesammelt, um seiner Partei den von ihm zugefügten finanziellen Schaden zu erstatten.

Dies entspricht der Summe, die die deutsche CDU zahlen muss, weil Kohl anonyme Spender nicht nennen will, die ihm in den Jahren 1993 bis 1998 bis zu zwei Millionen Mark in bar gespendet haben. Die Spenden waren nicht ausgewiesen worden.

Merz begrüsst Geldsammlung

Der neugewählte Fraktionschef der CDU, Friedrich Merz, hatte am Mittwochabend im deutschen Fernsehsender Phoenix die Spenden-Kampagne Kohls begrüsst. Er mache sich aber keine Illusion, sagte Merz. Der Vertrauensverlust in die CDU sei damit noch nicht behoben.

Auch Generalsekretärin Angela Merkel reagierte grundsätzlich positiv auf die Kohl-Spendensamm-

lung. «Es müssen natürlich normale Spenden sein. Das ist selbstverständlich», sagte sie am Donnerstag im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD). Merkel wies aber zugleich darauf hin, dass dennoch das Problem der Glaubwürdigkeit für die Partei bleibe, nachdem ein gegebenes Wort mehr gelte als das Gesetz.

Kohl hatte es abgelehnt, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen die Herkunft der von ihm zwischen 1993 und 1998 angenommenen Spenden von zwei Millionen Mark offen zu legen. Er hat sich immer darauf berufen, dass er den anonymen Spendern sein Ehrenwort gegeben habe.

Bei SPD und FDP ist die Aktion auf heftige Kritik gestossen. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering nannte die Sammelaktion «verräterisch peinlich». «Da taucht der alte Kohl wieder auf, der glaubt, man kann mit Geld alles machen», sagte Müntefering.



Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl bestätigte gestern gegenüber Journalisten seine Spendenaktion zugunsten der CDU.

Kosovo

KFOR-Soldat erschossen

Erstmals seit Stationierung der NATO-Truppen in Kosovo im Juni vergangenen Jahres ist in der Provinz ein KFOR-Soldat erschossen worden. Einen Tag nach seiner Verletzung durch einen Heckenschützen starb ein russischer Soldat.

Der russische Soldat sei am Donnerstag seinen Verletzungen im französischen Militärhospital in Kosovska Mitrovica erlegen, teilte ein KFOR-Sprecher mit. Der Mann war am Mittwoch in Srbica im Zentrum des Kosovo von einem Heckenschützen in die Brust getroffen worden. Bislang hatte es in den Reihen der KFOR nur Tote durch Verkehrsunfälle gegeben. Die Suche nach dem Heckenschützen blieb bis jetzt erfolglos.

Die Region um Srbica gilt als Hochburg der offiziell aufgelösten Kosovo-Befreiungsarmee UÇK. Kosovo-Albaner hatten in der Vergangenheit mehrfach russische KFOR-Soldaten angegriffen, denen sie vorwerfen, die serbische Seite zu unterstützen. Die von der KFOR am Morgen freigegebene Fussgängerbrücke in Kosovska Mitrovica wurde am Nachmittag wieder abgebaut. Offiziell wurde dies mit dem steigenden Wasser des Flusses Ibar begründet.